

# Es gibt keine Sicherheit in Afghanistan

**Auf Einladung des VIDC besuchten Anfang März zwei afghanische MenschenrechtsexperInnen Österreich. Bei einer Podiumsdiskussion und einem Workshop berichteten Horia Mosadiq und Timor Sharan über die Situation im Land. Insbesondere wurde die Lage von intern Vertriebenen und RückkehrerInnen thematisiert. Zeitgleich liefen in Wien die ersten Abschiebungen abgelehnter AsylwerberInnen nach Afghanistan an. Von Herbert Langthaler**

Hassan ist völlig aufgelöst: „Es werden Leute von der Polizei abgeholt. Ich habe gestern nicht schlafen können. In der Früh bin ich dann zur Polizei gegangen und habe gefragt, ob ich jetzt abgeschoben werde.“ Die Beamten überprüften Hassans Daten und klärten ihn auf, dass er erst dann Österreich verlassen müsse, wenn er einen Brief (den negativen Bescheid) vom Bundesverwaltungsgericht bekommt.

Bisher folgte einem rechtskräftig negativen Bescheid in zweiter Instanz nicht unbedingt eine Abschiebung ins Herkunftsland. Der Grund dafür: Die meisten Flüchtlinge legen, wenn sie einen Asylantrag stellen keine Reisepapiere des Herkunftslandes vor und wer keine Papiere hat, den lassen die Herkunftsstaaten

nicht ohne weiteres einreisen. Um die Einreise/Übernahme von Abgeschobenen sicherzustellen, brauchen die abgelehnten AsylwerberInnen von „ihrer“ Botschaft ein Heimreisezertifikat.

Insbesondere die afghanische Botschaft in Wien stellt(e) allerdings meist nur im Falle einer so genannten freiwilligen Rückkehr ein solches Papier aus. Versuche, einzelner Bezirkshauptmannschaften in der Vergangenheit abgelehnte, AsylwerberInnen trotzdem nach Kabul zu bringen, scheiterten, den Beamten blieb neben dem Schaden (für die SteuerzahlerInnen) der Spott nicht erspart. Mit dem Rückführungsabkommen der EU mit Afghanistan könnte sich das nun ändern.

## **EU erpresst Rückübernahme**

Anfang Oktober 2016 hatte die in Brüssel tagende Afghanistan-Konferenz ein 14 Milliarden Hilfspaket beschlossen. Allein von Deutschland sollen innerhalb der nächsten vier Jahre 1,7 Milliarden in das strategisch wichtige Land fließen. Die westlichen Staaten stellten allerdings eine Bedingung: Die Unterzeichnung eines Rückübernahmeabkommens zwischen der EU und Afghanistan. Das unter dem Titel „Joint Way Forward on migration issues between Afghanistan and the EU“ unterzeichnete Dokument kam nur auf massiven Druck der europäischen Regierungen zu Stande. „Sie haben uns gezwungen eine Schale Gift zu trinken“, zitierte die *Amnesty International*-Expertin, Horia Mosadiq, Anfang März bei einem Workshop in Wien afghanische RegierungsmitarbeiterInnen. Die deutsche NGO *Pro Asyl* beschreibt das Vorgehen der Europäischen Regierungen: „Im Stile eines Erpresserkartells wurde Afghanistan mit Reduktion oder Streichung von Entwicklungshilfe und anderen Mitteln gedroht.“ Für die geplanten



Abschiebungen – die Rede war von 80.000 Menschen – ist ein eigener Terminal am Flughafen in Kabul geplant.

Frau Mosadiq hat in Kabul und Umgebung etliche Lager von Binnenflüchtlingen (so genannte IDPs, Internal Displaced Persons) besucht und die Zustände in diesen Lagern dokumentiert. Die Bilder zeigen Menschen, die in Verschlägen aus alten Brettern und Plastikplanen sitzen, zu ihren Füßen knöcheltiefer Morast. „Man kann diese Behausungen, die sich vor allem in der Nähe der großen Städte befinden, nicht als Slums bezeichnen.“, führt Horia Mosadiq aus, „Slums in Indien oder Lateinamerika sind dagegen komfortabel.“ In ganz Afghanistan leben zurzeit etwa 1,400.000 Menschen als IDPs, der Großteil in solchen Bretteldörfern, manche auch als Teil der städtischen Armen.

Viele IDPs leben schon seit Jahren unter diesen verheerenden Bedingungen. Lange Zeit wurde das Problem von der Zentralregierung unter Präsident Hamid Karzai ignoriert, zeigte es doch, dass die Befriedung des Landes nach der (vorübergehenden) Vertreibung der Taliban 2002 bei weitem nicht flächendeckend war. Auch etliche Provinzgouverneure, zum

Beispiel in Herat oder in Mazar-e-Sharif, weigerten sich die IDPs zu unterstützen. Erst seit 2014 unter dem neuen Präsidenten Aschraf Ghani gibt es zumindest einen nationalen Aktionsplan, der aber, wie die Recherchen von Frau Mosadiq gezeigt haben, kaum umgesetzt worden ist. Das sei, wie sie betonte, auch nicht weiter verwunderlich, weil das Ministerium für Flüchtlinge und Wiederansiedlung mit sieben Millionen US-Dollar ein viel zu geringes Budget habe und auch innerhalb der Regierung keinen hohen Stellenwert besitze.

Täglich werden die Menschen in den Elendssiedlungen mehr, weil die Nachbarländer Iran und Pakistan zigtausende Menschen nach Afghanistan zurückschicken. Allein aus Pakistan wurden 2016 eine halbe Million Flüchtlinge abgeschoben, heuer sollen es mindestens 600.000 werden. Bereits in den ersten 14 Tagen des neuen Jahres waren es laut *IOM* 251.441 Personen. Nun droht auch noch die Ankunft weiterer 80.000 aus der EU abgeschobener Menschen.

### **Rückkehr ins Nichts**

Was erwartet RückkehrerInnen? Jene die von UNHCR in Pakistan registriert wurden,

<http://www.asyl.at/de/schwerpunkte/eacre/aida/>

<http://www.asyl.at/de/adressen/beratungsstellen/wien/>



bekommen von der internationalen Flüchtlingsagentur \$ 400,- womit die 2016 Abgeschobenen zumindest den Winter überstehen konnten. Nicht registrierte Flüchtlinge gehen leer aus. Jene aus Europa bekommen zwar höhere Unterstützung (€ 1.800,- im Falle Norwegens, € 1.000,- für Rückkehrer aus Finnland, Österreich maximal € 500,-).

Ist das Geld einmal aufgebraucht stehen nicht viele Optionen offen. Bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit von 45 % sind sie, wie Timor Sharan von der *International Crisis Group* schildert, eine billige Ressource für kriminelle Gruppen und Aufständische.

Ein Teilnehmer des Workshops im Wiener VIDC fasste es so zusammen: „Entweder sie flüchten in ein anderes Land, oder sie schließen sich einer bewaffneten Gruppe an oder sie enden unter der Charai-Mazari-Brücke (Sammelplatz der Heroinabhängigen).“ Tatsächlich verlassen, wie Liza Schuster von der University of London erhoben hat, 60 % der Rückgeschobenen das Land in Richtung eines neuen Fluchtziels. Das kann das relativ

nahe Indien sein, aber auch Australien oder (wieder) Europa.

Timor Sharan hat Flüchtlinge, die aus europäischen Staaten zurückgeschoben worden waren, interviewt und dabei festgestellt, dass nicht nur ökonomische Probleme und die angespannte Sicherheitslage für die Rückkehrer ein Problem sind. Gefühle des Versagens und der Scham machen es, selbst wenn es noch Familienmitglieder im Land gibt, extrem schwierig mit diesen in Kontakt zu treten. Einer der Interviewpartner musste sein Dorf im Norden Afghanistans fluchtartig verlassen, weil die BewohnerInnen ihm nicht glaubten, dass er nach mehr als drei Jahren aus Schweden zurückgeschickt worden war. Es hielt sich hartnäckig das Gerücht, dass er in Europa zum Spion ausgebildet worden wäre und nun die Zusammenarbeit der Dörfler mit den Taliban ausspionieren sollte.

Vor allem für die Kinder war die ungewollte Rückkehr in das Bürgerkriegsland ein traumatisches Erlebnis. So konnte Sharan mit zwei Mädchen sprechen, die nach mehreren Jahren in einer Norwe-

gischen Schule von den Methoden und dem Umgangston der afghanischen LehrerInnen vollkommen verstört waren.

Aus Österreich sind im vergangenen Jahr ca. 500 Menschen „freiwillig“ (die meisten nach einem negativen Asylbescheid) zurückgekehrt. 70 davon wurden von IOM, der *International Organisation for Migration*, im Rahmen eines Rückkehrerprojekts unterstützt.

### Keine sicheren Zonen

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich im vergangenen Jahr nochmal extrem verschlechtert: In ihrem Jahresbericht zählt die *United Nations Assistance Mission in Afghanistan* (UNAMA) 11.418 zivile Opfer von Kampfhandlungen im Jahr 2016. Besonders erschütternd ist die Zunahme der Opferzahlen bei den Kindern, diese stieg um 24 % auf 923 getötete und 2.589 verletzte Kinder.

Die Lage wurde durch das Auftauchen von Daesh/IS in den Provinzen Nangarhar, Kunar und Nuristan operiert, wo die Jihadisten häufig Zivilisten und zivile Ziele angriffen, darunter Stammesälteste, Religiöse, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Zuletzt gab es aber vermehrt Angriffe auf Ziele in Kabul, zuletzt auf das Militärspital wo 30 Menschen in einem der bestgesicherten Teile der Hauptstadt erschossen wurden, bevor die Sicherheitskräfte die Angreifer ausschalten konnten.

Laut Timor Sharan gibt es zurzeit 26 bewaffnete Gruppen und es ist oft sehr schwer herauszufinden, wer für Angriffe, Selbstmordanschläge oder Entführungen verantwortlich ist. „Es gibt keine sicheren Gebiete in Afghanistan“, stellt Sharan klar. „Die Regierung kann die Sicherheit von RückkehrerInnen nicht garantieren. Was heute noch als sicher gilt, kann bereits

morgen Schauplatz eines Anschlags sein.“ Um das Land zu destabilisieren, schlagen die Aufständischen gerade in Gebieten zu, die bisher als sicher galten.

### Kaum Chancen auf Besserung

Nach wie vor fließen aus unterschiedlichen Kanälen enorme Summen nach Afghanistan und halten den Krieg am Laufen. Ein Grund, warum so viele junge Männer nach Europa fliehen, ist die brutale Rekrutierungspolitik von Taliban, lokalen Warlords oder Drogenbaronen. „Die Familien werden vor die Wahl gestellt: entweder sie geben einen Sohn her oder sie bezahlen den Sold für einen Kämpfer“, berichtet Timor Sharan.

Eine Quelle für die Aufrechterhaltung der bewaffneten Gruppen ist der Opiumhandel, ein Thema, das aus (un)erklärlichen Gründen selten angesprochen wird. Fakt ist, dass Afghanistan seit langem der bei weitem größte Produzent von Opium ist. In den vergangenen Jahren

<http://www.asyl.at/de/information/statistiken/statistiken2017/>





<http://www.asyl.at/de/information/info-blaetter/>

ist die produzierte Menge meist gestiegen. 2015 gab es einen schädlingsbedingten Einbruch. Im vergangenen Jahr stieg nach dem Abzug der internationalen Truppen auch die Anbaufläche in einigen Provinzen im Nordwesten. Die Zunahme des Opiumanbaus ist auch ein Resultat des Scheiterns der Entwicklungsbemühungen seitens der westlichen Staaten und der Zentralregierung. Was nicht in dunkle Kanäle im Land verschwand, wurde für die Aufrechterhaltung der militärischen Infrastruktur gebraucht oder floss in Form von Gehältern und Honoraren an westliche KonsulentInnen oder ExpertInnen. Die reichlich vorhandenen Bodenschätze werden kaum abgebaut, das Land ist nach wie vor vollkommen von Auslandshilfe abhängig.

Einer der wenigen Fortschritte der letzten 15 Jahre betrifft die Stellung der Frauen. In der Verfassung von 2004 wurden die Frauen rechtlich gleichgestellt. Tatsächlich sind viele Frauen in den vergangenen Jahren in wichtige Positionen aufgestiegen, können studieren und 68

Abgeordnete (fast 30 %) sitzen im Parlament.

Zurzeit sieht es nicht so aus, als ob sich die Lage in den nächsten Jahren verbessern könnte. Welche Rolle die Exilcommunitys bei der Befriedung und Entwicklung spielen könnten, ist unklar. Klar ist hingegen, dass die zwangsweise Rückführung von Flüchtlingen aus Europa das Land weiter destabilisiert. Nicht nur, dass die Menschen ohne Perspektive Gefahr laufen, Opfer der endemischen Gewalt zu werden, gehen auch die finanziellen Mittel, die die Flüchtlinge in Form von Remittances an die Familien schicken, ab. Ob der Exodus von zehntausenden jungen Menschen nicht ein schwer zu verkraftender „brain drain“ sei, wurde Horia Mosadiq während des jüngsten Workshops in Wien gefragt. Ihre Antwort: „Uns sind ihre Hirne in ihren Köpfen hier in Europa lieber als tot in Afghanistan.“

## Aberkennung von subsidiären Schutz

Am 15. März erfuhr die asylkoordination von einer Entscheidung des BFA-Graz, die wohl eine weitere Eskalation der Behördenkampagne gegen afghanische Flüchtlinge darstellt. Einem jungen Mann, dem 2012 die Flucht nach Österreich gelungen war, wurde jetzt der subsidiäre Schutz aberkannt. „Solche Entscheidungen sind offensichtlich das Ergebnis des von der EU Afghanistan abgepressten Rückübernahmeabkommens“, erklärt Herbert Langthaler von der *asylkoordination*. Begründet wird die Aberkennung mit der Tatsache, dass eine Abschiebung nach Kabul nun möglich sei. Der Flüchtling, der als unbegleiteter Minderjähriger nach Österreich gekommen war, hatte im Alter von 16 Jahren subsidiären Schutz bekommen.

Bisher war die Verlängerung eines subsidiären Schutzes bei afghanischen Flüchtlingen (da sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren sukzessive verschlechtert hat) eher ein Formalakt gewesen. Nun wolle man, so die *asylkoordination*, offenbar ein Exempel statuieren.

Dem Jugendlichen wird von der Behörde vorgehalten, er habe noch Verwandte in Afghanistan – in der zweistündigen Vernehmung hatte er angegeben, dass möglicherweise noch ein Cousin und eine Tante in Afghanistan leben, er aber keinen Kontakt zu diesen habe. Ein weiterer Grund für die Nicht-Verlängerung des Aufenthaltsrechts sei die Tatsache, dass die Behörde „keine schützenswerte Integrationsverfestigung ihrerseits feststellen konnte“. Dies, obwohl der junge Mann nicht nur in Österreich, Deutsch gelernt hat, 2014 einen Pflichtschulabschluss nachgeholt und (neben etlichen weiteren Kursen) 2016 sechs Monate eine Produktionsschule besucht hat sondern auch seit etlichen Monaten von einer Patin des Projekts *connecting wien* betreut wird.

An Bereitschaft zur Integration hat es dem jungen Mann dem nun die Abschiebung nach Kabul droht, nicht vermissen lassen, das beweist neben allen Bildungsanstrengungen auch eine achtmonatige Beschäftigung bei einer Reinigungsfirma. Dass es trotzdem schwierig ist, einen fixen Job zu bekommen, dürfte bekannt sein. Immerhin hat auch der AMS-Chef Johannes Kopf mehrmals zu bedenken gegeben, dass mehrere Jahre braucht, bis jemand der ohne Schulbildung gekommen ist, fit für den österreichischen Arbeitsmarkt sei.

Viele Afghanen haben nur subsidiären Schutz und leben jetzt in einem Zustand ständiger Angst. Viele der Menschen leiden unter den psychischen Flogten von Krieg, Verfolgung und Flucht und leiden jetzt wieder unter Schlafstörungen und Panikattacken. Unter solchen Bedingungen ist an eine Integration nicht zu denken.